BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
5	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Richard-Wagner-Str. 9, 06114 Halle (Saale), Eingang: 13.02.2017		
	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, anbei erhalten Sie die Teilstellungnahme der Abteilung Bodendenkmalpflege; die Teilstellungnahme der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege geht Ihnen ggf. gesondert zu.</p> <p>Das LDA hat bereits mit Schreiben vom 23.12.2016 eine Stellungnahme zum o.g. Bebauungsplan abgegeben. In dieser Stellungnahme wird darauf verwiesen, dass sich im Vorhabenbereich bzw. dessen näherem Umfeld mehrere teilweise hochrangige archäologische Kulturdenkmale (gern. § 2 (2) DenkmSchG LSA) befinden.</p> <p>Für Kulturdenkmale besteht Erhaltungspflicht (DenkmSchG LSA § 9). Bei Bodeneingriffen kommt es zur Zerstörung archäologischer Kulturdenkmale. Aus archäologischer Sicht kann dem Vorhaben dennoch zugestimmt werden, wenn gem. DenkmSchG LSA § 14 (9) gewährleistet ist, dass die Kulturdenkmale in Form einer fachgerechten Dokumentation erhalten bleiben (Sekundärerhaltung).</p> <p>Aus diesem Grund müssen vor jeglichen Erdarbeiten archäologische Ausgrabungen zur Dokumentation der archäologischen Denkmalsubstanz und zur Fundbergung stattfinden. Die Realisierung von Baumaßnahmen kann erst in Angriff genommen werden, wenn die archäologische Dokumentation abgeschlossen ist.</p> <p>Gesicherte Aussagen zum Umfang erforderlicher archäologischer Dokumentationsarbeiten waren nicht möglich, da keine Kenntnisse zur archäologischen Befundsituation (qualitative und quantitative Befundsituation, Erhaltungsbedingungen) vorlagen. Aus Gründen der Planungssicherheit wurde deshalb empfohlen, in einem ersten Dokumentationsabschnitt eine archäologische Baugrunduntersuchung durchzuführen. Diese erfolgte am 30.01.2017.</p> <p>Mit einem Bagger mit Grabenräumschaufel wurde im Vorhabengebiet ein 149 m langer und 2 m breiter Suchschnitt annähernd in Ost-West-Richtung angelegt. Dabei zeigten sich folgende Befunde: Im östlichen Teil des Schnittes wurde unter einer 0,6 — 0,7 m mächtigen Humusüberdeckung der anstehende hellbraune Lehm erreicht. Hier zeichnete sich auf den ersten 20 m des Schnittes eine dichte Konzentration von mindes-</p>	<p>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Hinweise werden nachrichtlich in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die Hinweise werden nachrichtlich in die Begründung aufgenommen und der Hinweis auf der Planzeichnung aktualisiert.</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>tens acht archäologischen Befunden ab. Es handelt sich offensichtlich um Siedlungsbefunde noch unbekannter Zeitstellung.</p> <p>Im weiteren Verlauf des Baggerschnittes konnten auf über 100 m Länge keine archäologischen Befunde beobachtet werden. Erst im westlichen Teil des Schnittes wurde ein weiterer Befund festgestellt. Der Oberboden hatte im Verlauf des Schnittes eine Mächtigkeit um 1 m, die im Westen auf bis zu 1,3 m anstieg.</p> <p>Ausgehend von den Ergebnissen des schmalen Baggerschnittes lassen sich zwar keine gesicherten Aussagen zur gesamten Fläche treffen, aber eine gewisse Tendenz ist erkennbar. Offensichtlich befindet sich das geplante östliche Gebäude im Bereich eines urgeschichtlichen Siedlungsareals mit teilweise hoher Befunddichte. Hier ist eine vorherige archäologische Dokumentation (gem. § 14 (9) DenkmSchG LSA) erforderlich. Ein entsprechender zeitlicher Vorlauf, bevor die eigentlichen Bauarbeiten beginnen können, ist dafür notwendig.</p> <p>Dass im weiteren Verlauf des Baggerschnittes im Westen nur noch ein archäologischer Befund angetroffen wurde, verweist darauf, dass auch hier archäologische Befunde vorhanden sind. Diese scheinen deutlich weiter zu streuen, so dass hier mit einem deutlich geringeren Aufwand für archäologische Dokumentationsarbeiten zu rechnen ist.</p> <p>Eine Abstimmung zur Vorgehensweise und die Koordinierung von Tiefbauarbeiten und archäologischer Dokumentation sind dringend erforderlich und müssen rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten erfolgen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Im Auftrag Olaf Kürbis Gebietsreferent</p>		
28	Landesstraßenbaubehörde - Regionalbereich West, Rabahne 4, 38820 Halberstadt, Eingang: 06.02.2017		
	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum überarbeiteten Entwurf des Bebauungsplanes „Wohnpark Hornburger Straße“ der Stadt Osterwieck (Stand: 17.01.2017) erhalten Sie von der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt folgende fachtechnische Stellungnahme:</p>		

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<ol style="list-style-type: none"> <li data-bbox="256 369 799 521">1. Zuständig für die klassifizierten Straßen in der Baulast des Bundes und des Landes ist im Landkreis Harz der Regionalbereich West (RB West) der Landestraßenbaubehörde (LSBB). <li data-bbox="256 555 799 707">2. Durch das o. g. Plangebiet werden die Belange des Regionalbereiches West der LSBB innerhalb des für die L 87 ÖD Osterwieck festgesetzten Erschließungsbereiches berührt. <li data-bbox="256 741 799 920">3. Der betroffene Teilabschnitt der L 87 OD Osterwieck „Hornburger Straße“ ist bereits grundhaft ausgebaut worden. Die Zufahrt zum geplanten Parkplatz ist derzeit nur als Grundstückszufahrt vorhanden. <li data-bbox="256 954 799 1346">4. Mit dem überarbeiteten Entwurf zur o. g. Bauleitplanung wurden der Schleppkurvennachweise für das 3-achsige Müllfahrzeug als Bemessungsfahrzeug für alle Fahrbeziehungen (von und zur Landesstraße L 87) für die geplante Anbindung der Erschließungsstraße (Wohnstraße) erbracht. Im Punkt 6.4.2 der Begründung - Verkehrserschließung sind die Grundmaße zur Anpassung / Erweiterung der vorhandenen Grundstückszufahrt entsprechend dargestellt worden. <li data-bbox="256 1379 799 1592">5. Der indirekten Erschließung mit Anbindung über die vorhandene Gemeindestraße „Zufahrt zum Bauhof“ wurde mit Schreiben der LSBB vom 04.01.2017 unter Vorbehalt zugestimmt. Hier fehlen die Schleppkurvennachweise. 	<p data-bbox="810 369 1193 432">- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p> <p data-bbox="810 555 1193 618">- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p> <p data-bbox="810 741 1193 804">- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p> <p data-bbox="810 954 1193 1016">- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p> <p data-bbox="810 1379 1193 1980">Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass gem. § 4 (2) BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange sich auf ihren Aufgabenbereich beschränken sollen. Gem. Pkt. 1. der Stellungnahme ist der Regionalbereich West (RB West) der Landestraßenbaubehörde (LSBB) für die klassifizierten Straßen in der Baulast des Bundes und des Landes zuständig. Eine Zuständigkeit des RB West der LSBB für Gemeindestraßen kann nicht erkannt werden. Somit kann seitens des RB West der LSBB auch kein</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>6. Hinsichtlich der aus dem FNP abzuleitenden Gebietsnutzungen bezüglich der Einhaltung der Planrichtwerte für Schallschutz nach DIN 18005 gegenüber den Lärmimmissionen der Landesstraße als Bestand ist der Baulastträger des jeweiligen Plangebietes verantwortlich.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Heller</p>	<p>Schleppkurvennachweis hierfür gefordert werden. Dennoch sei erwähnt, dass die Schleppkurvennachweise für die erwähnte Gemeindestraße mit positivem Ergebnis geführt worden sind. - keine Abwägung erforderlich.</p> <p>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich.</p>	
<p>29 Landkreis Harz, Postfach 1542, 38805 Halberstadt Eingang: 09.02.2017</p>			
	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Sie baten um eine Stellungnahme zum Entwurf der o.g. Planung. Hierzu wurden folgende Unterlagen vorgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planzeichnung (Entwurf mit Datum 17.01.2017) • Begründung (Entwurf mit Datum 17.01.2017) • Abwägung vom 16.01.2017 aus der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB <p>Zu diesem Planentwurf nehme ich nachfolgend als Behörde und sonstiger Träger öffentlicher Belange (A) sowie in städtebaulicher und baurechtlicher Hinsicht (B) Stellung.</p> <p>(A)</p> <p>FD Planung – MM/ÖPNV Frau Schulz Tel. 03941/5970 6233, Email: reate.schulz@kreis-hz.de</p> <p>Die Stellungnahme vom 12.12.2016 bleibt weiterhin gültig. In der Abwägung hat die Stadt entschieden, die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen, sieht aber keinen weiteren Handlungsbedarf. Damit bin ich einverstanden.</p>	<p>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich,</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Umweltamt / Untere Naturschutzbehörde (UNB) - Eingriffsregelung Frau Hampel Tel. 03941/5970 5791 Email: susanna.hampel@kreis-hz.de</p> <p>Gegen die vorgelegte überarbeitete Planung bestehen seitens der UNB keine Bedenken. Der artenschutzrechtliche Hinweis gemäß der Stellungnahme der UNB vom 16.12.2016 wurde in die Begründung zum B-Plan eingearbeitet.</p> <p>Umweltamt / Untere Wasserbehörde Herr Lindemann Tel. 03941/59705726, Email: burkhard.lindemann@kreis-hz.de SG Abwasser / Niederschlagswasser</p> <p><u>Vorbemerkung:</u> Gemäß der Planung soll die Niederschlagswasserbeseitigung mittels Versickerung im Plangebiet erfolgen. Die Vorgabe einer GRZ von 0,4 führt mit der zulässigen Überschreitung zu einer Gesamtversiegelung von über 50 %. Dies gestaltet die Möglichkeiten einer Versickerung schwieriger als bei geringerer GRZ. Es ist damit zu rechnen, dass im Plangebiet bindiger Oberboden ansteht. Darunter ist zwar mit lleschotter zu rechnen, allerdings können auch hohe Grundwasserstände vorliegen. Die Reduzierung der GRZ z.B. auf 0,3 wurde in der geänderten Satzung nicht berücksichtigt. Damit ist weiterhin mit Problemen hinsichtlich einer ordnungsgemäßen Niederschlagswasserbeseitigung zu rechnen.</p> <p><u>Ergebnis:</u> Gegen das Vorhaben bestehen Bedenken, da eine Reduzierung der GRZ nicht Bestandteil der Änderung ist. Die Aufnahme der Hinweise allein bzw. eines Textes in die Planzeichnung genügt hier nicht.</p> <p>Umweltamt / Untere Immissionsschutzbehörde Frau Blanke Tel. 03941/59705753, E-Mail. martina.blanke@kreis-hz.de</p> <p><u>Vorbemerkungen</u> Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht stehen dem o.g. Plan keine Bedenken entgegen. Für die</p>	<p>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die ordnungsgemäße Entsorgung des Niederschlagswassers ist über den angrenzenden Kälberbach grundsätzlich möglich und soll auch so erfolgen. Ein Entwässerungskonzept wird mit den sonstigen Bauvorlagen im Baugenehmigungsverfahren vorgelegt. Die Begründung und der Hinweis auf der Planzeichnung werden entsprechend angepasst.</p> <p>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Ausführungsplanung wird der nachfolgende Hinweis gegeben.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die private Parkfläche grenzt unmittelbar an das Grundstück Hornburger Straße 36. Der Abstand zum schutzbedürftigen Wohnhaus beträgt ca. 16 m. Im Rahmen der Planung der Stellplatzflächen sind die Rücksichtnahmepflichten zum Schutz der Anwohner des Grundstücks Hornburger Straße 36 zu beachten.</p> <p>Bauordnungsamt / Vorbeugender Brandschutz Frau Ziesenhenne Tel. 03941/59704168, E-Mail: sybille.ziesenhenne@kreis-hz.de Zur vorgelegten Planung (Abwägung) wird folgende Stellungnahme abgegeben: Die Stellungnahme vom 02.12.2016 (Bündelung des Landkreises Harz vom 19.12.2016) behält ihre Gültigkeit.</p> <p>Auf eine Wendemöglichkeit für Fahrzeuge der Feuerwehr kann verzichtet werden, wenn die Kurven in der Zufahrtsstraße entsprechend der Richtlinie für Feuerwehrfahrzeuge hergerichtet werden.</p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die vorliegenden Unterlagen.</p> <p>Keine weiteren Hinweise hatten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltamt / Untere Abfallbehörde • Umweltamt / Untere Bodenschutzbehörde • FD Kreisentwicklung/ -planung • Bauordnungsamt / Untere Bauaufsichtsbehörde • Ordnungsamt /Katastrophenschutz, Kampfmittelbehörde • Amt für Kreisstraßen / Untere Straßenaufsicht, Baulastträger Kreisstraßen. 	<p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen. Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die in der Abwägung hierzu getroffenen Aussagen behalten ebenfalls ihre Gültigkeit. Die Stellungnahme und die zugehörige Abwägung werden im Wortlaut am Ende dieser Stellungnahme angefügt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wurden zum Nachweis der Befahrbarkeit Schleppkurvennachweise für die Kurven in der Zufahrtsstraße geführt. Als Bemessungsfahrzeug wurde das 3-achsige Müllfahrzeug gewählt. Somit kann entsprechend auf eine Wendemöglichkeit für Fahrzeuge der Feuerwehr verzichtet werden.</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>(B)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aus dem Anschreiben geht nicht hervor, welche Teile des Planes geändert oder ergänzt wurden. Dies sollte zur besseren Verständlichkeit und Prüfung, ob die Anwendung von § 4a Abs. 3 BauGB in Frage kommt, bereits im Anschreiben dargestellt sein. <p>Sofern nicht ersichtlich ist, was sich an der Planung und Begründung geändert hat, ist zu überlegen, ob eine Verkürzung der Frist zur Abgabe der Stellungnahmen noch angemessen ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es ist von der Erforderlichkeit auszugehen, dass auch die private Parkfläche mit Fahrzeugen der Feuerwehr befahren werden muss, da die letzte mögliche Bebauung mehr als 50 m von der Erschließungsstraße entfernt liegt. Dies muss bei der Planung der Parkfläche zwingend 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Anwendbarkeit des § 4a (3) BauGB ist an die Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes nach erfolgter Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB oder Auslegung gem. § 3 (2) BauGB geknüpft, nicht an die Auflistung der geänderten Planungsinhalte. Da der Entwurf überarbeitet wurde, war die Anwendung des § 4a (3) BauGB zur Weiterführung des Verfahrens zwingend geboten. Gem. § 4a (3) Satz 2 BauGB <u>kann</u> bestimmt werden, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Diese Einschränkung war jedoch nicht beabsichtigt, weshalb auch nicht darauf hingewiesen wurde.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gem. § 4a (3) Satz 3 BauGB ist die Verkürzung der Frist zur Abgabe der Stellungnahmen nicht an Bedingungen geknüpft. Falls es den Trägern öffentlicher Belange aus wichtigem Grund nicht möglich ist, die Frist einzuhalten, hat die Gemeinde gem. § 4 (2) Satz 2 BauGB die Möglichkeit, auf Antrag die Frist zu verlängern. Eine Fristverlängerung seitens des Landkreis Harz wurde jedoch nicht beantragt, weshalb davon auszugehen ist, dass die Zeit zur Abgabe der Stellungnahme ausreichend war.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Parkfläche bietet mit einer Größe von ca. 1470 m² genügend Platz für Stellplätze <u>und</u> die Aufstell- und Bewegungsflächen für die Rettungsfahrzeuge.</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>bedacht werden. Im schlimmsten Fall kann es hier zum Versagen der Baugenehmigung kommen, da die Erschließung nicht gesichert ist.</p> <p>In der Abwägung wurde festgestellt, dass der Nachweis von Stellflächen für die Feuerwehr sowie Bewegungs- und Fahrflächen Teil des Bauordnungsrechtes sind. Diese Aussage ist grundsätzlich richtig. Dennoch müssen die erforderlichen Flächen (Planzeichnung) auch tatsächlich zur Verfügung stehen und in die Planung eingepasst werden können. Gemäß Begründung ist für die Ein- und Ausfahrt auf die L 87 ein Schleppkurvennachweis erfolgt. Ein vergleichbarer Nachweis, ob eine Befahrung der privaten Verkehrsfläche mit entsprechenden Fahrzeugen möglich ist, konnte nicht gefunden werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es ist nicht ausreichend dargelegt, ob es sich bei dem Flurstück 153 um eine öffentlich gewidmete Verkehrsfläche handelt. Kann dies dargelegt werden, ist fraglich, ob die erforderlichen Kurvenradien ausreichend bemessen werden können für die Ausfahrt mit Fahrzeugen der Feuerwehr und der Ver- bzw. Entsorgungsunternehmen. Ist eine Widmung nicht vorhanden, muss am Ende der privaten Verkehrsfläche Raum für eine entsprechende Wendemöglichkeit sein. • Es wird empfohlen, im Zusammenhang mit der Stellungnahme der unteren Wasserbehörde die bisher unter Hinweise, Pkt. 2 übernommenen Ausführungen durch eine textliche Festsetzung zur Beschränkung der Überschreitung der GRZ (§ 19 Abs. 4 BauNVO) zu ergänzen, wenn es bei der GRZ von 0,4 bleiben soll. • Die Rechtsgrundlagen sollten überprüft werden. Die Angaben zur Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt sind nicht korrekt. • Der Kopfbogen der Abwägung ist fehler- 	<p>Der geforderte Schleppkurvennachweis (Bemessungsfahrzeug 3-achsiges Müllfahrzeug) wurde für die innere Erschließung mit positivem Ergebnis geführt und wird in die Begründung ergänzt.</p> <p>Somit ist nachgewiesen, dass die erforderlichen Flächen grundsätzlich zur Verfügung stehen.</p> <p>Der konkrete Nachweis der Bewegungs- und Aufstellflächen erfolgt mit der Vorlage der Bauantragsunterlagen.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p> <p>Beim Flurstück 153 handelt es sich um eine öffentlich gewidmete Verkehrsfläche. Die Begründung wird ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die ordnungsgemäße Entsorgung des Niederschlagswassers ist über den angrenzenden Kälberbach möglich und soll auch so erfolgen.</p> <p>Die Begründung und der Hinweis auf der Planzeichnung werden entsprechend angepasst.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird korrigiert.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>haft beschriftet (Ortsteil Lüttgenrode).</p> <ul style="list-style-type: none"> Ich bitte Sie, die gegebenen Hinweise für die weitere Planung zu berücksichtigen. Diese Stellungnahme gilt, solange sich nichts anderes aufgrund der Änderung von Rechtsgrundlagen ergibt oder bis neue rechtsrelevante Erkenntnisse bekannt werden. <p>Ich bitte Sie, den Landkreis Harz auch weiterhin über den Verlauf der Planung zu informieren, insbesondere um Mitteilung über das Abwägungsergebnis und die Übersendung von 3 Ausfertigungsexemplaren sowie der Bereitstellung in digitaler Form, im Rahmen der X-Planung auf der gemeinsamen Plattform.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Kröning</p>	<p>Kopfzeile wird korrigiert.</p> <p>Den Hinweisen wird gefolgt.</p>	
	<p><u>Stellungnahme des Landkreis Harz vom 19.12.2016 im Wortlaut:</u></p> <p>„<i>Sehr geehrte Damen und Herren,</i></p> <p><i>Sie baten um eine Stellungnahme zum Entwurf der o.g. Planung. Hierzu wurden folgende Unterlagen vorgelegt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>Bebauungsplan „Wohnpark Hornburger Straße“ der Stadt Osterwieck (Entwurf)</i> <i>Planzeichnung (Entwurf) Stand: 03.11.2016</i> <i>Begründung</i> <p><i>Zu diesem Planentwurf nehme ich nachfolgend als Behörde und sonstiger Träger öffentlicher Belange (A) sowie in städtebaulicher und baurechtlicher Hinsicht (B) Stellung.</i></p> <p>(A)</p> <p>FD Kreisentwicklung/ -planung Frau Joerger Tel. 03941/5970 6316, E-Mail: kers-tin.joerger@kreis-hz.de</p> <p><i>Aus Sicht der unteren Landesentwicklungsbehörde werden zu dem vorliegenden Planentwurf nachfolgende Hinweise gegeben: Die Stadt Osterwieck ist gemäß REP Harz im</i></p>	<p><u>Zugehörige Abwägung im Wortlaut:</u></p> <p>„- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich“</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>Rahmen der Zentralörtlichen Gliederung als Grundzentrum eingestuft.</i> <i>Derzeit wird der REP Harz mit dem Sachlichen Teilplan „Zentralörtliche Gliederung in der Planungsregion Harz“ (teil-)fortgeschrieben.</i> <i>Der derzeit in der Öffentlichkeitsbeteiligung befindliche Teilplan weist die Stadt Osterwieck auch weiterhin als Grundzentrum aus.</i></p> <p><i>In den zentralen Orten sind, in Abhängigkeit ihrer Zentralitätsstufe für den jeweiligen Verflechtungsbereich bei nachzuweisendem Bedarf, entwicklungsfähige Flächen zur Wahrnehmung der Funktionen u.a. für Wohnbauland über den eigenen Bedarf hinaus bereitzustellen.</i> <i>Im Rahmen der Bauleitplanung muss der Planer, neben der Auseinandersetzung mit den vorhandenen unausgelasteten Flächen/brachliegenden Flächenpotentialen in der Stadt Osterwieck, auch den planerischen Bedarfsnachweis führen.</i> <i>Die Aussage, „...dass es auf absehbare Zeit durch das Fehlen von Wohnangeboten, insbesondere für Ältere, zu Abwanderungen kommen könnte...“ reicht als Bedarfsnachweis nicht aus.</i></p> <p><i>Das der Planung zu Grunde liegende Konzept, Innenentwicklung mit Nachverdichtung bevorzugt umzusetzen, wird aus Sicht der Raumordnung ausdrücklich begrüßt.</i></p> <p><u>Hinweis:</u> <i>Diese Stellungnahme stellt keine landesplanerische Abstimmung dar.</i> <i>Zuständig für die Abgabe Landesplanerischer Stellungnahmen gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA vom 23.04.2015 ist die oberste Landesentwicklungsbehörde im MLV Sachsen-Anhalt.</i></p> <p>FD Planung - MM/ÖPNV <i>Frau Schulz Tel. 03941/5970 6233, Email: rena-teschulz@kreis-hz.de</i></p> <p><i>Gegen den BPlanentwurf gibt es keine grundsätzlichen Einwände.</i></p> <p><i>Die Anbindung an das öffentlich gewidmete Straßennetz und die innere Erschließung werden in Übereinstimmung mit dem Erläuterungsbericht als ausreichend für den Individualverkehr bewertet.</i></p>	<p><i>Die nachstehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</i> <i>Sie haben jedoch keine Relevanz für die vorliegende Planung, da diese gem. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr vom 02.01.2017 nicht raumbedeutsam im Sinne von raumbeanspruchend oder raumbeeinflussend ist.</i> <i>Der geforderte Bedarfsnachweis kann also entfallen, da die Planung die Grundsätze und Ziele der Raumordnung nicht berührt.</i></p> <p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p> <p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p> <p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>Hinsichtlich der ÖPNV-Erschließung kommt der Aufgabenträger ÖPNV zu geringfügig anderen Einschätzungen.</i></p> <p><i>Die Auszüge aus den NVP 2009 und 2016 sind korrekt zitiert. Bei der Ermittlung der Entfernungen anhand von GIS-Messungen wurden etwas längere Strecken ermittelt. Die Abweichungen stellen nach Einschätzung des AT bei der vorliegenden Größenordnung jedoch keinen Konfliktpunkt dar.</i></p> <p><i>Aber es wird darauf hingewiesen, dass bei Genehmigung des B-Planes die Stadt daraus keinen Anspruch auf eine veränderte ÖPNV-Erschließung ableiten kann.</i></p> <p>Umweltamt/ Untere Naturschutzbehörde - Eingriffsregelung <i>Frau Hampel Tel. 03941/5970 5791 Email: susanna.hampel@kreisvhz.de</i></p> <p><i>Gegen die Planung stehen grundsätzlich keine Bedenken.</i></p> <p><u>Artenschutz:</u> <i>Im Bereich der Planung befinden sich ehemalige Bahnanlagen. Der Bahnschotter ist jedoch bereits vollständig überwuchert, weshalb nicht davon auszugehen ist, dass Zauneidechsen vorkommen.</i></p> <p><i>Ferner konnte die von einem Anwohner getätigte Aussage, es befänden sich im überplanten Bereich ehemalige Bunker / unterirdische Lager Räume, nach Recherche bei der Stadt Osterwieck nicht bestätigt werden.</i></p> <p><u>Dennoch wird folgender artenschutzrechtlicher Hinweis gegeben:</u> <i>Es ist nach § 44 Abs. 1 BNatSchG u. a. verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. So unterliegen dauerhafte Lebensstätten z. B. von Fledermäusen, Zauneidechsen u. a. einem ganzjährigen Schutz. Sollten bei dem Vorhaben geschützte Arten oder ihre Lebensstätten (z. B. Zauneidechsen, aktuell besetzte oder auch unbesetzte Nester oder Schlaf- und Hangplätze der o. g. Arten) angetrof-</i></p>	<p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p> <p><i>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>fen werden, sind die Arbeiten zu unterbrechen und unverzüglich die Untere Naturschutzbehörde zu informieren. Ich weise Sie darauf hin, dass der Bauherr verpflichtet ist, darüber auch die von ihnen beauftragte Firma in Kenntnis zu setzen. Die Information ist möglich über Telefon 03941/59705791, per Fax an 03941/59705767 oder per E-Mail an umweltamt@kreis-hz.de Konkrete Hinweise zum gegenwärtigen Vorkommen geschützter Arten im Bereich der Planung liegen mir derzeit nicht vor. Die Baufeldfreimachung darf nur in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. stattfinden.</i></p> <p>Umweltamt / Untere Wasserbehörde Herr Lindemann Tel. 03941/5970 5726, Email: burkhard.lindemann@kreis-hz.de SG Abwasser / Niederschlagswasser</p> <p><u>Vorbemerkung</u> Gemäß der Planung soll die Niederschlagswasserbeseitigung mittels Versickerung im Plangebiet erfolgen. Die Vorgabe einer GRZ von 0,4 führt mit der zulässigen Überschreitung zu einer Gesamtversiegelung von über 50 %. Dies gestaltet die Möglichkeiten einer Versickerung schwieriger als bei geringerer GRZ. Es ist damit zu rechnen, dass im Plangebiet bindiger Oberboden ansteht. Darunter ist zwar mit lleschotter zu rechnen, allerdings können auch hohe Grundwasserstände vorliegen.</p> <p><u>Ergebnis:</u> Gegen das Vorhaben bestehen keine Bedenken, wenn folgende Hinweise beachtet und in der weiteren Planung umgesetzt werden.</p> <p><u>Hinweise:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Gemäß den allgemeinen Sorgfaltspflichten gemäß § 5 des WHG ist eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden. Diese Anforderung wird mit einer Versickerung oder Rückhaltung / Zwischenspeicherung des Niederschlagswassers von bebauten und befestigten Flächen erfüllt. 2.) Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden (§ 55 Abs. 2 WHG). Die Versickerung muss entsprechend dem 	<p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die Hinweise wird in die Begründung aufgenommen. Auf der Planzeichnung wird ebenfalls ein entsprechender Hinweis angebracht.</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>DWA-Regelwerk Arbeitsblatt DWA-A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“, erfolgen.</i></p> <p><i>Aus den o.g. Gründen ist daher vor der textlichen Festsetzung der Versickerung ein repräsentatives hydrogeologisches Gutachten zum Nachweis der Versickerungsfähigkeit zu erstellen. Sofern die Versickerung nicht möglich ist, muss eine kanalgebundene Ableitung hergestellt werden. Dabei sind alle über den zulässigen Abfluss hinausgehenden Mengen zurückzuhalten.</i></p> <p>3.) <i>Eine Erlaubnis oder Bewilligung für das Einleiten von Niederschlagswasser in das Grundwasser ist nicht erforderlich, wenn das Niederschlagswasser auf Dach- oder Wegeflächen von Wohngrundstücken anfällt und auf dem Grundstück versickert werden soll (§ 46 Abs. 2 WHG i. V. m. § 69 Abs. 1 WG LSA).</i></p> <p>4.) <i>Der Grundstückseigentümer ist nach § 79b WG LSA ist zur Niederschlagswasserbeseitigung verpflichtet soweit nicht die Gemeinde / Abwasserverband den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung vorschreibt. Im Plangebiet sollten jedoch aus Sicht der Wasserbehörde Anschluss und Benutzung vorgeschrieben werden, wenn eine Versickerung nicht möglich ist.</i></p> <p>5.) <i>Für eine eventuell beabsichtigte Einleitung von Niederschlagswasser in das Grund- oder Oberflächenwasser ist bei der unteren Wasserbehörde ein Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 10WHG zu stellen.</i></p> <p>Umweltamt / Untere Immissionsschutzbehörde <i>Frau Blanke Tel. 03941/5970 5753, E-Mail. martina.blanke@kreis-hz.de</i></p> <p><u>Vorbemerkungen</u> <i>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht stehen dem o.g. Plan keine Bedenken entgegen, wenn nachfolgende Anmerkungen im weiteren Planverfahren berücksichtigt werden.</i></p>		

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Bauordnungsamt I Vorbeugender Brandschutz Frau Ziesenhenne Tel. 03941/5970 4168, E-Mail: sybille.ziesenhenne@kreis-hz.de</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Bestehende und entstehende Nutzungsgebiete und Anlagen müssen so beschaffen sein, dass der Entstehung und Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird, und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie eine wirksame Brandbekämpfung möglich sind.</i> 2. <i>Bei Objekten mit einer Entfernung > 50 m zur öffentlichen Verkehrsfläche und Objekten mit erforderlichen Aufstellflächen sind Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für Feuerwehrfahrzeuge zu gewährleisten. Die Kennzeichnung von Zufahrten muss von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar sein. Die Flächen für die Feuerwehr müssen eine jederzeit deutlich sichtbare Randbegrenzung haben. Die Flächen für die Feuerwehr sind entsprechend der "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" auszuführen. Da es sich nicht um eine öffentliche Durchfahrtsstraße handelt, ist eine Wendemöglichkeit sowie Bewegungsflächen für die Feuerwehr herzurichten.</i> 3. <i>Bei der Durchführung von Baumaßnahmen ist eine jederzeitige Zufahrt, insbesondere für Fahrzeuge der Feuerwehr, zu anliegenden Grundstücken und zur Baustelle zu gewährleisten. Bei Straßensperrungen und damit verbundenen Umleitungen sind die Integrierte Leitstelle Feuerwehr/Rettungsdienst des Landkreises Harz (Tel. 03941/69999) sowie die örtlich zuständige Feuerwehr zu informieren.</i> 4. <i>Die Löschwasserversorgung (Grundschutz) ist entsprechend der geplanten Nutzung gemäß der Technischen Regel des DVGW-Arbeitsblatts W405 von der Gemeinde zu gewährleisten. Für die Löschwasserversorgung sind bei einer</i> 	<p><i>straße ausgeweitet.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Nachweis von Flächen für die Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge sind Teil des Bauordnungsrechtes, nicht des Bauplanungsrechtes. Aus diesem Grund sind sie nicht und können auch nicht Gegenstand von planungsrechtlichen Festsetzungen sein. Diese Flächen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens mit den sonstigen Bauvorlagen nachzuweisen. Dennoch wird der Hinweis im Sinne der umfassenden Information in die Begründung aufgenommen.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>mittleren Gefahr der Brandausbreitung normgerechte Löschwasserentnahmestellen mit einem Leistungsvermögen von 96 m³/h (entspricht 1.600 l/min) über 2 Stunden erforderlich.</i></p> <p><i>Die max. zulässigen Entfernungen von Löschwasserentnahmestellen zu den Objekten und Anlagen sind einzuhalten (Löschbereich im Umkreis von max. 300m). Die Regelwerke des DVGW sind einzuhalten.</i></p> <p><i>Löschwasserentnahmestellen sind durch Schilder nach DIN 4066 zu kennzeichnen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die vorliegenden Unterlagen.</i></p> <p>Ordnungsamt / Katastrophenschutz, Kampfmittelbehörde Frau Koch Tel. 03941 /5970 4517, E-Mail: kerstin.koch@kreis-hz.de</p> <p><i>Gegen das Vorhaben bestehen aus Sicht der Kampfmittelbehörde keine Bedenken. Die Belange wurden im Punkt 6.6 der Begründung berücksichtigt.</i></p> <p>Amt für Kreisstraßen / Untere Straßenaufsicht, Baulasträger Kreisstraßen Frau Bulla Tel. 03941/5970 2604, Email: marina.bulla@kreis-hz.de Von o.g. Planung ist keine Kreisstraße betroffen.</p> <p><u>Hinweis:</u> <i>Es wird empfohlen, betreffs der Zufahrt von der Hornburger Straße, die Teil der L87 ist, die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, Regionalbereich West, Rabahne 4, 38820 Halberstadt am Planverfahren zu beteiligen.</i></p> <p>Keine weiteren Hinweise hatten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltamt / Untere Abfallbehörde • Umweltamt / Untere Bodenschutzbehörde. <p>(B)</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Im Punkt 3.2 der Begründung werden die sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindlichen Flurstücke aufgezählt. Hier sollte geprüft werden, ob sich Teile der Flurstücke 148/8, 149/8 und 150/8 im Plangebiet befinden.</i> 	<p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p> <p><i>- wird zur Kenntnis genommen, keine Abwägung erforderlich</i></p> <p><i>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Überprüfung hat ergeben, dass Teile der Flurstücke 148/8, 149/8 und 150/8 sich nicht im Geltungsbereich befinden.</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="258 405 799 891">• <i>Gemäß der Begründung soll im östlichen Bereich das Flurstück 153 als Erschließungsstraße dienen. Hier fehlt jedoch die Anbindung an die „private Erschließungsstraße“. Diese endet in einer Entfernung von ca. 15 m zum Flurstück 153. Auch ist nicht nachvollziehbar, ob es sich bei dem Flurstück um eine öffentliche Verkehrsfläche handelt oder eher um die ehemalige Bahntrasse. Die Möglichkeit, das Plangebiet über das Flurstück 153 verkehrlich zu erschließen besteht in der vorliegenden Form nur, wenn es sich bei dem Flurstück 8/15 um eine öffentliche Verkehrsfläche handelt.</i> <li data-bbox="258 1016 799 1630">• <i>Im Bereich der privaten Grünfläche, welche als Gärten genutzt werden sollen, sind Gebäude vorhanden. Im Bereich von Grünflächen ist eine Bebauung erschwert möglich. Auf Grund dieser Festsetzung sind Änderungen, Nutzungsänderungen oder Neubauten eher nicht möglich. Das VG Magdeburg hat im Urteil vom 01.12.2005, AZ: 4 A 474/03 MD das Errichten eines Gartenhauses im Bereich einer festgelegten privaten Grünfläche für unzulässig erachtet. Die Voraussetzungen für eine Befreiung hat das Gericht für nicht erfüllt angesehen. Hier sollte überdacht werden, ob die vorhandenen Nebenanlagen erhalten bleiben sollen oder nicht. Auf Grund dieser Festsetzung kommt es zu Einschränkungen, die es bei einer Beurteilung nach § 34 BauGB evtl. nicht geben würde.</i> <li data-bbox="258 1666 799 1935">• <i>Die Planzeichen für die Parkfläche und die Erschließungsstraße sind grundsätzlich identisch. Eine klare Zuordnung ist hier nicht möglich. Soll sich die Erschließungsstraße über das gesamte Flurstück 8/15 erstrecken oder soll der westliche Bereich des Flurstücke eine Parkfläche sein. Hier ist eine eindeutige Kennzeichnung notwendig.</i> 	<p data-bbox="812 405 1193 981"><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bei dem Flurstück 153 handelt es sich um eine öffentliche Straße. Bei dem angrenzenden Flurstück 8/15 handelt es sich um Flächen der ehemaligen Bahntrasse, die zur Erschließung herangezogen werden soll. Um die Erschließung zu sichern, wird der Geltungsbereich auf dem Flurstück 8/15 entsprechend ausgeweitet. Die Fläche wird als private Erschließung festgesetzt und so der Anschluss an die öffentliche Verkehrsfläche (Flurst. 153) hergestellt.</i></p> <p data-bbox="812 1016 1193 1317"><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Beurteilung von Vorhaben soll sich hier wie vorgeschlagen am § 34 BauGB orientieren, um den Erhalt der vorhandenen Nebenanlagen zu sichern. Deshalb wird die bisher dargestellte Grünfläche aus dem Geltungsbereich entfernt.</i></p> <p data-bbox="812 1666 1193 1989"><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es ist jedoch so, dass die Fläche zum Parken und die Erschließungsstraße bereits durch eine Linie im Plan getrennt sind. Zudem sind die Schraffuren (Planzeichen) gegeneinander versetzt. Im Sinne einer eindeutigeren Kennzeichnung wird die Dar-</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Nicht ersichtlich ist, ob es sich hier noch um ein planfestgestelltes Gelände handelt. Sollte dies der Fall sein, möchte ich vorsorglich darauf hinweisen, dass der § 38 BauGB eine Sperrwirkung entfaltet. Die §§ 29 bis 37 BauGB sind dann nicht anwendbar.</i> <p><i>Ich bitte Sie, die gegebenen Hinweise für die weitere Planung zu berücksichtigen.</i></p> <p><i>Diese Stellungnahme gilt, solange sich nichts anderes aufgrund der Änderung von Rechtsgrundlagen ergibt oder bis neue rechtsrelevante Erkenntnisse bekannt werden.</i></p> <p><i>Ich bitte Sie, den Landkreis Harz auch weiterhin über den Verlauf der Planung zu informieren, insbesondere um Mitteilung über das Abwägungsergebnis und die Übersendung von 3 Ausfertigungsexemplaren sowie der Bereitstellung in digitaler Form, im Rahmen der X-Planung.</i></p> <p><i>Mit freundlichen Grüßen im Auftrag Schöbel“</i></p>	<p><i>stellung überarbeitet: Es wird die Erschließungsstraße mit einer dicken, gestrichelten Randsignatur versehen und die Schraffuren für Stellflächen und Erschließungsstraße in verschiedenen Winkeln dargestellt.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Gem. Stellungnahme der Deutsche Bahn AG - DB Immobilien vom 22.12.2016 ist die ehemalige Eisenbahnstrecke 6870 Wasserleben – Hoppenstedt im Plangebiet gem. § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) von Bahnbetriebszwecken freigestellt. Es besteht kein eisenbahnrechtlicher Fachplanungsvorbehalt mehr. Dieser Sachverhalt wurde am 16.01.2017 telefonisch nachgefragt und seitens des Eisenbahn-Bundesamtes bestätigt:</i></p> <p><i>Es handelt sich hier nicht um planfestgestelltes Gelände, so dass der § 38 BauGB keine Sperrwirkung entfaltet.</i></p> <p><i>Dem Hinweis wird gefolgt.</i></p> <p><i>Das Abwägungsergebnis wird mitgeteilt, nach Inkrafttreten 3 Ausfertigungsexemplare übersandt und der Plan in die X-Planung eingestellt.“</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
25	Trink- und Abwasserzweckverband Vorharz, Tränkestraße 10, 38889 Blankenburg Eingang: 10.02.2017		
	<p>Sehr geehrter Herr Kuhlmann,</p> <p>mit o.a. Schreiben geben Sie uns erneut die Möglichkeit Stellung zum o.a. Vorhaben zu beziehen.</p> <p>Die von Ihnen vorgesehenen Abwägungsvorschläge haben wir geprüft und möchten Ihnen dazu folgendes mitteilen.</p> <p>Das Oberverwaltungsgericht Sachsen - Anhalt hat mit Urteil vom 21.02.2008 - Aktenzeichen 2 K 258/08 folgendes festgestellt. <i>„Die besondere Schutzbedürftigkeit einer Wohnbebauung muss auch dann in die Abwägung eingestellt werden, wenn für diese eine tatsächliche Vorbelastung gegeben ist (vgl. BVerwG, Beschl. V. 18.12.1990- 4 N 6.88-Ni/WZ 1991,881). Der Bebauungsplan muss zwar nicht alle Konflikte städtebaulicher Art lösen, die er in einem zu ordnenden Bereich vorfindet, die Bauleitplanung wäre damit insbesondere in Gemengelagen mit gewerblicher und Wohnnutzung häufig überfordert. Der Bebauungsplan darf aber die vorhandenen Konflikte nicht verfestigen oder verschärfen, sondern muss dazu beitragen, die Situation zu verbessern“</i></p> <p>Somit ist auch die Stellungnahme des Landkreises Harz vom 22.12.2016 zum Immissionschutz nicht nachvollziehbar. Der Argumentation, dass die bereits vorhandene Wohnbebauung Basis für die Abwägung sei, kann unsererseits nicht gefolgt werden und ist auch für die Genehmigung eines neuen B-Plan Gebietes nicht relevant.</p>	<p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Im zitierten Urteil des OVG Sachsen-Anhalt wird die Überplanung von vorhandener Wohnbebauung mit einem Gewerbegebiet i.V.m. einer Fremdkörperfestsetzung gem. § 1 (10) BauNVO für die Wohnbebauung abgelehnt. Im angeführten Urteil des BVerwG geht es um das Heranrücken eines Gewerbegebietes an vorhandene Wohnbebauung. Hierbei handelt es sich um mit der vorliegenden Planung nicht vergleichbare Problemlagen. Durch die vorliegende Planung wird ein Konflikt mit den Belangen der Kläranlage weder verschärft noch verfestigt, da es nicht zu einem Heranrücken von Wohnbebauung an die Kläranlage Osterwieck kommt. Die zitierte Rechtsprechung ist somit für die vorliegende Planung nicht relevant.</p> <p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Der Schutzanspruch der in deutlich geringerem Abstand zur Kläranlage bereits bestehenden Wohnbebauung ist unbestreitbar vorhanden. Diese Tatsache muss in die Abwägung mit einbezogen werden, da sie belegt, dass durch die vorliegende Planung die Belange der Kläranlage nicht beeinträchtigt werden.</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Für die Kläranlage Osterwieck wird sich mit der Genehmigung des B-Planes der bereits vorhandene Konflikt verschärfen und vor allem verfestigen.</p> <p>In diesem Rahmen möchten wir nochmals auf den Runderlass des MLU des LSA vom 25.8.2015 -332/4410 verweisen. Im Punkt 3.3. ist die Anwendung der Abstandsliste im Bebauungsplanverfahren verankert. In Ihren Abwägungsvorschlägen vermissen wir den Bezug darauf.</p>	<p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Die geplanten Wohnnutzungen liegen in einem Abstand von ca. 270 m zur Kläranlage. Wohnbebauung ist in der Hornburger Straße zwischen Plangebiet und Kläranlage bereits in einem Abstand von ca. 215 m vorhanden. Somit sind bereits im Abstand von ca. 215 m die Schutzansprüche von Wohnnutzungen durch die Kläranlage Osterwieck zu beachten. Es besteht deshalb kein Konflikt der vorliegenden Planung mit den Belangen der Kläranlage Osterwieck. Also kann auch nicht die Rede von der Verschärfung oder Verfestigung eines Konfliktes sein.</p> <p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Der erwähnte Pkt. 3.3 des Runderlasses des MLU des LSA vom 25.8.2015 -332/4410 (Abstandserlass) bezieht sich darauf, wie die Abstandsliste im Bebauungsplanverfahren anzuwenden ist. In der Abwägung zur Stellungnahme des TAZV Vorharz vom 21.12.2016 wird auf auf Pkt. 3.2.2.1 des Abstandserlasses eingegangen, der regelt, ob die Abstandsliste angewendet werden kann. Konkret heißt es dazu im Pkt. 3.2.2.1: <i>„ Sie gilt ... sowohl für die bauplanungsrechtliche Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten als auch von reinen und allgemeinen Wohngebieten sowie Kleinsiedlungsgebieten, sofern sie an vorhandene oder geplante Gewerbe- und Industriegebiete heranrücken.“</i> Von einem Heranrücken von Wohngebieten an die vorhandene emittierende Anlage kann nicht die Rede sein, da bereits in deutlich geringerem Abstand</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Weiterhin werden weitere zulässige Entwicklungen der Kläranlage Osterwieck in der Abwägung nicht beachtet.</p> <p>Wir halten deshalb unsere Stellungnahmen vom 21.12.2016 und 12.01.2017 aufrecht.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Trink- und Abwasserzweckverband Vorharz i.A. i.A. Wilkerling Meinhardt)</p>	<p>zur Kläranlage Wohnbebauung vorhanden ist (s.o.). Somit ist die Abstandsliste nicht anwendbar und Pkt. 3.3 des Abstandserlasses wird folgerichtig nicht in der Abwägung berücksichtigt.</p> <p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Es sei darauf verwiesen, dass die künftige Entwicklung der Kläranlage Osterwieck nicht von der vorliegenden Planung beeinflusst wird. Maßgeblich für die weitere Entwicklung der Kläranlage Osterwieck ist die Schutzansprüche der bereits in deutlich geringem Abstand vorhandene Wohnbebauung und deren Schutzansprüche</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Aussagen in der Abwägung zu den genannten Stellungnahmen werden entsprechend ebenfalls aufrechterhalten. Im folgenden sind Stellungnahmen und Abwägung nochmals im Wortlaut aufgeführt.</p>	
	<p><u>Stellungnahme des TAZV-Vorharz vom 21.12.2017 im Wortlaut:</u></p> <p><i>„Sehr geehrter Herr Kuhlmann,</i></p> <p><i>seitdem 01.01.2016 ist der TAZV Vorharz für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der Stadt Osterwieck und Ortsteile zuständig. Dementsprechend bitten wir um Korrektur des Punktes 6.4.3 in der Begründung zum Bebauungsplan.</i></p> <p><i>Mit o.a. Schreiben geben Sie uns die Möglichkeit eine Stellungnahme zum Entwurf des Bebau-</i></p>	<p><u>Abwägungsvorschläge hierzu im Wortlaut:</u></p> <p><i>„Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend korrigiert.</i></p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>ungsplanes „Wohnpark Hornburger Straße“ abzugeben.</p> <p>Nach Prüfung möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir dem Vorhaben aus den nachfolgend dargelegten Gründen nicht zustimmen können.</p> <p>Grundsätzlich ist anzumerken, dass es sich bei einem Flächennutzungsplan nur um einen vorbereitenden Bauleitplan handelt, der die Grundzüge der Bodennutzung nach den vorhersehbaren Bedürfnissen der Gemeinde darstellt. Erst der Bebauungsplan selbst enthält dann die rechtsverbindlichen Festsetzungen und bildet die Grundlage des Bauvorhabens.</p> <p>Es kann deshalb keine Abwägung hinsichtlich des Immissionsschutzes im Rahmen der Bauleitplanung stattgefunden haben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Er hat jedoch keine Relevanz für die vorliegende Planung, da die Belange des TAZV Vorharz durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Dies wird im folgenden durch die Abwägung der weiteren, seitens des TAZV gegebenen Hinweise begründet.</p> <p>Diese Aussagen sind richtig.</p> <p>Diese Aussage ist nicht richtig. Auch in der vorbereitenden Bauleitplanung findet eine grundsätzliche Abwägung hinsichtlich des Immissionsschutzes statt, deren Ergebnis selbstverständlich in die Darstellungen des Flächennutzungsplanes einfließt (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und § 5 Abs. 2 Nr. 6 BauGB). Konkret heißt das, dass z.B. Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan nur dort dargestellt werden, wo sie grundsätzlich immissionsschutzrechtlich möglich sind.</p> <p>Die planungsrechtlichen Vorgaben des FNP sind bindend für die Gemeinden. Diese Bindungswirkung entfaltet sich dann weiter auf die verbindliche Bauleitplanung (z.B. Bebauungsplan), die aus der vorbereitenden Bauleitplanung (FNP) entwickelt wird (Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB). Das bedeutet, dass im BPlan</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Das Plangebiet befindet sich ca. 270,00 m östlich der Kläranlage des TAZV-Vorharz. Im Schreiben vom 21.10.2016 zum geplanten B-Plan „Vor dem Schulzentor“ haben wir Ihnen mitgeteilt, dass sich die Kläranlage nordwestlich von diesem B-Plangebiet in der Hauptwindrichtung befindet.</p> <p>Der vorgesehene Wohnpark in der Hamburger Straße würde sich nordöstlich der Kläranlage befinden. Die Hauptwindrichtung ist im Landkreis Harz vorrangig West / Nordwest. Eine wiederkehrende Beeinträchtigung durch Geruchs - und Lärmimmissionen ist deshalb nicht auszuschließen.</p> <p>Bei der eingereichten Planung sollen Schutzansprüche von Wohnnutzungen beachtet werden. Sie greifen dabei auf die Vorschrift zur Einhaltung von Orientierungs- bzw. Immissionswerten für Wohngebiete zurück. Wir möchten darauf hinweisen, dass für Mischgebiete ein höherer Geräuschpegel als die auf Seite 20 ausgewiesenen Werte gilt.</p> <p>Wir möchten weiterhin um Beachtung des Runderlasses des MLU vom 28.05.2015 - 33.2/4410 „Abstände zwischen Industrie- oder Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes (Abstandserlass) bitten. Der dort angegebene Abstand von 300,00 m zu Abwasserbehandlungsanlagen wird im vorliegenden Fall unterschritten.</p>	<p><i>nur dort Wohngebiete festgesetzt werden können, wo auch der Flächennutzungsplan schon entsprechende Darstellungen macht.</i></p> <p><i>Die bei der Darstellung von Wohnbauflächen im FNP durchgeführte Abwägung zum Immissionsschutz hat somit sehr wohl stattgefunden und bildet im Sinne des Entwicklungsgebotes eine Grundlage des Bebauungsplans.</i></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, haben jedoch keine Auswirkungen auf die Planung.</p> <p>Die städtische Kläranlage liegt ca. 270 m westlich des Plangebietes. Damit ist die im Abstandserlass festgeschriebene Empfehlung eines Mindestabstandes von 300 m zwar unterschritten, jedoch sind unabhängig davon auch die Schutzansprüche der in der Umgebung bereits vorhandenen Bestandsnutzungen zu beachten. So gilt die Abstandsliste gem. Pkt. 3.2.2.1 Abstandserlass u.a. für die Ausweisung von allgemeinen Wohngebieten, sofern sie an vorhandene oder geplante emittierende Anlagen heranrücken.</p> <p>Ein Heranrücken von Wohnbebauung an die Kläranlage ist im vorliegenden Fall jedoch nicht gegeben.</p> <p>Es befinden sich bereits bereits schutzbedürftige Wohnnutzungen, für die ebenfalls der immissionsschutzrechtliche Schutzanspruch eines allgemeinen Wohngebietes zu gewährleisten ist, in deutlich geringerem Abstand als das Plangebiet.</p> <p>So liegen nachstehende Wohngebäude teilweise sogar wesentlich näher an der Kläranlage:</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Wie wir Ihnen bereits in der Stellungnahme für den B-Plan „Vor dem Schulzentor“ geschrieben haben, steht uns als emittierender Betrieb ein Abwehranspruch zu, da die Gefahr von Auflagen zum Schutz der Wohnbebauung droht. Im Übrigen möchten wir auf unsere Darlegungen zum B-Plan „Vor dem Schulzentor“ verweisen, die hier ebenfalls voll umfänglich zutreffen.</p> <p>Für weitere Gespräche stehen wir Ihnen Anfang 2017 gern zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Trink- und Abwasserzweckverband Vorharz</p> <p>i. A. i. A. Wilkerling Meinhardt“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Hornburger Straße 38a ca. 268 m, • Hornburger Straße 26 ca. 265 m, • Hornburger Straße 21 ca. 215 m, • Neuehofweg 12 ca. 163 m, • Vor dem Schulzentor 9a ca. 147 m. <p>Es sind durch die Kläranlage des TAZV Vorharz also bereits jetzt gesteigerte Rücksichtnahmepflichten gegenüber der bestehenden Nachbarschaft in einem Abstand von 147 m vorhanden. Die o.g. Planung lässt eine Wohnnutzung erst in 270 m Entfernung zu und befindet sich somit innerhalb des Bereiches, für den die Rücksichtnahmepflicht schon besteht. Die vorliegende Planung führt deshalb auch nicht zu einer Verschlechterung der Standortsituation für die bestehenden immissionsrelevanten Nutzungen. Aus den genannten Gründen ist die Verweigerung der Zustimmung des TAZV Vorharz unbeachtlich.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, haben jedoch keine Relevanz für die vorliegende Planung. Die Sachlage beim BPlan „Vor dem Schulzentor“ ist grundsätzlich anders.“</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 20.02.2017

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><u>Stellungnahme des TAZV-Vorharz vom 12.01.2017 im Wortlaut:</u></p> <p>„Sehr geehrter Herr Kuhlmann,</p> <p>ergänzend zu unserer o. a. Stellungnahme möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir dem Vorhaben unsere Zustimmung geben können, wenn der Abstand zur Kläranlage entsprechend Abstandserlass des Landes Sachsen Anhalt eingehalten wird. Gemäß dieser Richtlinie ist eine Mindestentfernung von der geplanten Wohnbebauung zur vorhandenen Kläranlage von mind. 300,00 m vorzusehen.</p> <p>In diesem Rahmen möchten wir aber darauf hinweisen, dass durch den Betrieb der Kläranlage mit Beeinträchtigungen zu rechnen ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klärschlammabfuhr /Schwerlasttransporte - Verkehrslärm Ca. alle 8 Wochen erfolgt die Klärschlammabfuhr im Zeitraum von 7:00 - 22:00 Uhr. Zur Ausführung der Arbeiten wird ein mobiler Maschinenkomplex antransportiert. Ebenso erfolgen Wartungen durch Fremdfirmen, Anlieferungen von Chemikalien etc. • Lärmbelästigung Durch die ständig laufenden Antriebe (auch in den Nachtstunden) kann eine Lärmbelästigung nicht ausgeschlossen werden. • Geruchsbelästigung Von der Kläranlage gehen Geruchsimmissionen aus, auch bei normalen Betriebsverhältnissen. Dazu kommt ggf. eine Belastung durch Aerosole, sowohl durch die Belebung als auch durch die zeitweise Schlammwässerung. Die Größenordnung der Geruchsbelästigung wird stark wetterabhängig sein. <p>Wir bitten deshalb bei der weiteren Planung des Vorhabens diese Aspekte zu berücksichtigen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Trink- und Abwasserzweckverband Vorharz (Wilkerling) (Meinhardt)“</p>	<p><u>Abwägungsvorschläge hierzu im Wortlaut:</u></p> <p>„Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Wie zu den Hinweisen in der Stellungnahme vom 21.12.2016 schon erläutert, hat der Mindestabstand von 300m aus dem Abstandserlass keine Relevanz für die Planung. Schon einem Abstand von ca. 147 m ist Wohnbebauung vorhanden, deren Schutzansprüche seitens der Kläranlage des TAZV Vorharz zu berücksichtigen sind. Die vorliegende Planung ermöglicht eine Wohnnutzung erst in einem Abstand von ca. 270 m.“</p>	

BPlan "Wohnpark Hornburger Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck, Ortschaft Osterwieck
Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie benachbarter Städte und Gemeinden zur erneuten Beteiligung gem. §4a Abs. 3 BauGB, Stand: 17.02.2017

Keine Einwände, Hinweise oder Anregungen hatten folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange:

- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Außenstelle Halle, Referat 44, Ernst Kamieth Str. 2a, 06112 Halle (Saale),
Eingang: 08.02.2017,
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn,
Eingang: 31.01.2017,
- Eisenbahn Bundesamt, Postfach 20 04 60, 06005 Halle (Saale),
Eingang: 06.02.2017,
- Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Postfach 156, 06035 Halle / Saale,
Eingang: 02.02.2017,
- Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, Otto-von-Guericke-Straße 15, 39104 Magdeburg,
Eingang: 03.02.2017,
- Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Referat Bau- und Kunstdenkmalpflege, Richard-Wagner-Straße 9, 06114 Halle (Saale)
Eingang: 09.02.2017,
- Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Harz, c/o Landkreis Harz, Postfach 15 42, 38805 Halberstadt,
Eingang: 13.02.2017,
- Unterhaltungsverband Ilse – Holtemme, Am Thie 6, 38871 Ilsenburg OT Drübeck,
Eingang: 02.02.2017,
- Halberstadtwerke GmbH, Postfach 1511, 33305 Halberstadt,
Eingang: 01.02.2017,
- Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte, Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt,
Eingang: 11.02.2017,
- GDMcom mbH, Maximilianallee, 4 04129 Leipzig,
Eingang: 03.02.2017,
- DB Immobilien Eigentumsmanagement, Deutsche Bahn AG, Brandenburger Str. 3a, 04103 Leipzig,
Eingang: 16.02.2017.

Keine Einwände, Hinweise oder Anregungen hatten folgende Städte und Gemeinden:

- Stadt Halberstadt, Postfach 1537, 38805 Halberstadt,
Eingang: 01.02.2017,
- Gemeinde Huy, Ortsteil Dingelstedt am Huy, Bahnhofstr. 243, 38838 Huy,
Eingang: 08.02.2017

Von weiteren beteiligten Behörden, Trägern öffentlicher Belange sowie Städten und Gemeinden wurde keine Stellungnahme abgegeben.

Aufgestellt:

Hessen, den 20.02.2017

AG gebautes Erbe
An der Petrikirche 4
38100 Braunschweig

Büro Hessen:
Dipl. Ing. Frank Ziehe mit
Dipl. Ing. Hans-Joachim Meißner, Architekt BDA
Teichstraße 1
38835 Stadt Osterwieck OT Hessen